

Petition gegen Schulpavillons

Die Stadt will auf der Schulsportanlage des Thomas-Mann-Gymnasiums in Forstenried eine mehrstöckige Pavillonanlage für den Unterricht aufbauen. Die Anlieger sind entsetzt und protestieren dagegen mit einer Petition an den Bayerischen Landtag.

VON CARMEN ICK-DIETL

Statt Basket- und Volleyball sollen die Anlieger der Weißkirchner Straße in Forstenried künftig Schulunterricht vor der Nase haben. Weil das Thomas-Mann-Gymnasium dringend zusätzliche Klassenräume benötigt, soll an der nahe gelegenen Schulsportanlage eine Pavillonanlage mit 17 Klassenräumen in Betrieb gehen. Dafür plant die Stadt eine Containerburg mit einer Größe von 48 mal 18 Metern und rund zehn Metern Höhe.

Die Genehmigung dazu, so berichtet Friedrich Fuchs, flatterte den Anwohnern vergangene Woche in die Briefkästen. „Da sollten wir schnell mal unterschreiben.“ Seit über 30 Jahren wohnt er mit seiner Familie an der Weißkirchner Straße, war selbst mal als Lehrer am Gymnasium tätig. Die Sportanlage stört ihn nicht – „aber das ist eine zusätzliche Schule“. Mindestens 300 Schüler sollen hier unterkommen. Neben reinen Klassenzimmern sind Fachlehrsäle für Informatik, Kunst, Musik, Natur und Technik eingeplant, dazu stehen eine Pausenhalle und Räume für Lehrkräfte zur Verfügung.

Gemäß den vorgelegten Plänen soll die Anlage ganze 15 Jahre stehen bleiben. Und die Stadt hat es eilig. Die Pavillons sollen nämlich bereits zum nächsten Schuljahr be-



Empört vom Vorpreschen der Stadt: Die Anwohner der Weißkirchner Straße sollen 15 Jahre neben Schulpavillons wohnen.

FOTO: KLAUS HAAG

zogen werden. Die Anwohner aus der Weißkirchner- und Würmseestraße sind empört. „Niemand ist rechtzeitig auf uns zugegangen, hat mit uns darüber gesprochen“, ärgert sich Fuchs. „Der Vertrauensbruch ist sehr groß.“ Ihm graut es vor der „massiven Mauer“, die ihm künftig die ganze Sonne in seinem Haus nehmen wird. Andere Anlieger befürchten mehr Lärm und Verkehr. „Eine Schule kann doch nicht zulasten einer Wohnstraße gehen“, so die einhellige Meinung.

Die Anwohner fordern nun, dass sich die Stadt an die gesetzlichen Vorgaben hält. Das Grundstück ist laut gültigem Bebauungsplan von 1983 als reine Schulsportanlage gewidmet. „Die Stadt darf sich nicht einfach selbst eine Befreiung dafür erteilen“, macht Rechtsanwalt Benno Ziegler klar, der die Anlieger vertritt. Auch die Kommune müsse sich an Recht und Gesetz halten. „Ich kann nicht vom Bürger verlangen, was ich selbst nicht einhalte.“ Der Landtag soll der Stadt deshalb

ordentlich auf die Finger klopfen und veranlassen, „den offenbar rechtswidrigen Bauantrag zurückzunehmen“.

Ziegler rechnet sich große Chancen aus; erst jüngst hatte er mit einem ganz ähnlichen Fall in Neuperlach-Süd Erfolg. Eine Änderung des Bebauungsplans jedoch würde Zeit kosten, die die Stadt nicht hat. Dabei hätten seine Klienten gar nichts gegen die Nutzung des Grundstücks für Unterrichtszwecke, sagt der Anwalt. Auf der anderen Grundstücks-

seite, zur Züricher Straße, könnte jegliche Beeinträchtigung des Wohngebiets vermieden werden. „Dazu müsste dort nicht mal ein Baum gefällt werden“, ergänzt Fuchs.

Im Vorfeld seien mehrere Standorte im Bereich der Sportanlage ausführlich geprüft worden, entgegnet die Pressesprecherin des Schulreferats, Katharina Rieger. Man habe sich mit dem Planungsreferat abgestimmt. Zu den Kriterien gehörte, dass die Schulsportanlage bestmöglich nutzbar bleiben muss und

im Südosten des Geländes ein Grünzug mit Frischluftschneise verläuft. Außerdem sei darauf geachtet worden, den Weg zum Gymnasiumsgebäude an der Drygalskiallee möglichst kurz zu halten, um einen optimalen Schulbetrieb zu gewährleisten. „Dafür hätten sie einen wesentlich kürzeren Weg zur nächsten U-Bahnhaltestelle“, kontert Fuchs. Zudem sollen die Kinder bis auf eine Turnhalle ja eigentlich alle notwendigen Unterrichtsräume in der Pavillonanlage bekommen.